

GGG-Positionierungen

1973 - 2015

- **1973/75 Leverkusener Grundsatzbeschluss**
- **1985 Wetzlarer Erklärung**
- **1993 Brandenburger Erklärung**
- **1996 Magdeburger Erklärung**
- **1997 Wörrstadter Proklamation**
- 1999 Berliner Erklärung
- **2001 Gemeinsame Grundsatzposition von GSV und GGG**
- 2001 Lübecker Stellungnahme zur Schulleistungsforschung
- 2002 Orientierung nach PISA (Unna)
- **2004 Signal von Unna**
- 2006 Braunschweiger Resolution
- **2008 Grundsatzposition (Herford)**
- **2010 Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen (Berlin)**
- **2011 Erklärung zur inklusiven Bildung (Hildesheim)**
- 2013 Erklärung zur Schulbaukultur (Bielefeld)
- **2014/15 Grundsatzposition (Mannheim/Langenhagen) (Aktualisierung)**
- 2015 Zur schulischen Situation von Flüchtlingskindern

1973 /75

Leverkusener Grundsatzbeschluss I

- Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit durch: **Einheitlicher Abschluss nach Jg. 10 (Abitur I), keine äußere Fachleistungsdifferenzierung, Wahldifferenzierung, Förderung leistungsschwacher Schüler, notenfreie Beurteilung, kein Sitzenbleiben, Schullaufbahnberatung**
- Beitrag zu Selbst- und Mitbestimmung durch: gesellschaftspolitische und berufliche Curricula, Stärkung des außerunterrichtlichen Bereichs, Öffnung des unterrichtlichen Bereichs, **einheitliche Stellung von Lehrern und Erziehern**, mehr Mitbestimmungsrechte für Lehrer, Schüler, Eltern, **größere Autonomie der Einzelschule**, Wahl von Funktionsträgern auf Zeit

1973
/75

Leverkusener Grundsatzbeschluss II

- Maßnahmen: Ausbau der Gesamtschulen in allen Bundesländern, Berücksichtigung lokaler Entwicklungsarbeit, Förderung unterschiedlicher organisatorischer und didaktischer Modelle, **Qualifizierte Lehrerbildung**
- Konsequenzen für GGG-Mitglieder: Organisation am Ort, Zusammenarbeit mit örtlichen Organisationen, Verbündete Bundesorganisationen zum regionalen Engagement gewinnen, Landesverbände entwickeln Strategien zur Durchsetzung der Ziele

1985

Wetzlarer Erklärung

- Ursachen für Tendenzen zur Spaltung unserer Gesellschaft: Arbeits- und Ausbildungsmangel; Technische Revolution im Produktionsprozess; Rücksichtslose Ausbeutung natürlicher Ressourcen; den Frieden bedrohende weltweite Überrüstung
- Alle Heranwachsenden müssen zur Selbst-, Mitbestimmung und Solidarität fähig sein. Deshalb: alle Schranken im Bildungswesen aufheben; Begabungen jedes Schülers durch die Schule entwickeln; allen Schülern solidarische Erfahrungen ermöglichen; breite, qualifizierte, berufsorientierte Grundbildung ernst nehmen
- Mögliche pragmatische Zwischenschritte: weitere Gesamtschulen (auch kooperative und Schulzentren) errichten; Gesamtschule rechtlich absichern, insb. als ersetzende Schule; schulformunabhängige Orientierungsstufen; allgemeinbildendes 10. Pflichtschuljahr; Verzahnung der Bildungsgänge in der Sek II; Lehrpläne mit verbindlichem Grundlernangebot; **behinderte Schüler in die „Normalschulen“ eingliedern.**

1993 Brandenburger Erklärung I

- Beibehaltung des gegliederten Schulsystems in den westlichen und seine Einführung in den östlichen Bundesländern sind Schritte zur Entsolidarisierung der Gesellschaft
- Die existierenden Gesamtschulen können unsere Vorstellungen nur z.T. umsetzen. Forderungen:
 - **neue Wege der Leistungs-Entwicklung und -Förderung** erproben
 - **behinderte und nichtbehinderte, deutsche und ausländische Kinder integrieren**
 - **leistungsschwächere Schüler/innen ohne Diskriminierung fördern**
 - **die äußere Fachleistungsdifferenzierung überwinden**
 - **bildungsgangorientierte Schulabschlüsse durch das Abitur I ersetzen, das mit jedem Profil alle Berechtigungen beinhaltet**

1993 Brandenburger Erklärung II

- Die Schule für alle kommt nicht allein durch gute Arbeit, politische Entscheidungen sind nötig.
 - Von „Schule allgemein“ zu sprechen, verschleiert die strukturelle Benachteiligung einiger Schularten.
 - Ein segregierendes Schulsystem einschl. einer **auf Einsortieren orientierte Gesamtschule ist Instrument der sozialen Selektion** und gewöhnt an sie.
 - Auch wenn alle Schularten jeden Abschluss vergeben könnten, wären sie ungleichwertig,. Ohne Abitur I und Gleichstellung der Lehrkräfte gibt es keine Aufhebung der Statusunterschiede.
 - Viele Eltern wünschen für ihre Kinder privilegierte Karriere-Wege. Dies steht der Forderung nach Solidarität entgegen. **Ausgegrenzt Werden ist** mit hohen sozialen Kosten verbunden und **zu vermeide**.

1996 Magdeburger Erklärung I

Forderungen um insbesondere überall ein vollständiges, wohnortnahes Bildungsangebot zu garantieren:

- **Drei- oder zweizügige** (in besonderen Fällen **einzügige**) **Gesamtschulen**
- Eine ausgewogene Vielfalt der Schülerschaft ist zwar angestrebt, kann aber nicht Bedingung sein; **alle Kinder und Jugendlichen eines Einzugsbereiches**, die die Schule wählen, müssen dort willkommen und ihrer Individualität akzeptiert sein.

1996 Magdeburger Erklärung II

- **Die äußere Fachleistungsdifferenzierung muss zugunsten der Individualisierung und inneren Differenzierung überwunden werden.**
- Im ländlichen Raum bietet die „kleinere Gesamtschule“ mit eigener Primarstufe Vorteile – also für die **gemeinsame Schule von 1 bis 10**: konsequent auf-bauende Pädagogik und sie ist unempfindlicher gegen Schwankungen der Schülerzahlen. Mehrere kleine Gesamtschulen kooperieren mit einer Oberstufenschule, die allgemein bildende und berufsbildende Wege enthalten soll.

1997 Wörrstadter Proklamation

- Eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger/innen sowie die entsprechenden Grundsätze unserer Verfassung erfordern eine demokratische Schule für alle Kinder, die sowohl individuelle Unterschiedlichkeit wie solidarische Gemeinsamkeit ermöglicht.
- Wir wissen aus eigener Anschauung und Erfahrung, dass eine solche Schule erfolgreich arbeiten kann. Sie ist auf dem richtigen Weg, wenn sie auf das Sortieren der Kinder verzichtet.
- Nicht allein die pädagogische Einsicht wird zu einer gerechten Schule führen, sondern politische und ökonomische Machtverhältnisse entscheiden darüber.
- Notwendig ist eine Anstiftung zur Solidarität.

2001 Gemeinsame Grundsatzposition von GSV und GGG

Länger miteinander und voneinander lernen

- Das gegliederte deutsche Schulwesen wird der Aufgabe einer Schule für die Demokratie nicht gerecht. Erforderlich ist eine gemeinsame Schule für alle, und dies für die Dauer der Pflichtschulzeit.
- Die Beschränkung des gemeinsamen Lernens auf eine nur vierjährige gemeinsame Schule muss endlich überwunden, frühes Trennen und Ausgrenzen verhindert werden.
- Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, dass alle Kinder und Jugendliche mit ihren individuellen Begabungen und Beeinträchtigungen möglichst lange gemeinsam lernen können.

Internationalen Schulleistungsstudien wie PISA, IGLU haben die sozial selektiven und leistungshemmenden Wirkungen des dreigliedrigen Schulsystems deutlich gemacht. Trotzdem hält die Bildungspolitik an selektiven Strukturen fest und verschärft damit die diagnostizierten Übel. Wir wollen Schritte zur Verbesserung des Schulsystems:

- Feste Bildungsgänge durch eine **Praxis individualisierendes Lernens** ersetzen. Deshalb: Thema in Gremien diskutieren; Weiterbildungen nutzen; Kolleg/innen auch anderer Schulen unterstützen bei Verzicht auf äußere Differenzierung; Unterstützung der Bildungsverwaltung einfordern; Förderung aller und individualisierendes Lernen statt vermeintlich homogener Gruppenbildung.

- **Eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Pflichtschulzeit** ist Regelfall in der Welt. Das muss auch in Deutschland so sein. Die Lernorganisation muss den Lernbedürfnissen der Schüler/innen angemessen sein: heterogene Gruppen, flexible Differenzierungsformen, Klassenunterricht und individuelles Lernen. Über den Schulabschluss entscheiden Lernergebnisse, nicht besuchte formale Kursniveaus.
- Schüler/innen müssen Vielfalt und Gleichwertigkeit unterschiedlicher Menschen erleben, mit Vorzügen und Schwierigkeiten wertschätzend umgehen lernen. Unterschiedlichkeit muss akzeptiert und respektiert werden und kein Vorwand für hierarchische Einteilungen sein.

- (Ziele neu formuliert 2015)
- **Merkmale der Schule für alle**
 - Jede/r ist willkommen.
 - Alle in der Schule gestalten sie aktiv und verantwortlich.
 - Die Schüler/innen gestalten ihren Lernprozess selbst. Heterogene Lerngruppen sind der Normalfall.
 - Schüler/innen erleben sich als Subjekte ihrer Lernprozesse, nicht als Objekte des Unterrichts.
 - Multiprofessionelle Pädagogenteams.
 - Die Schule ist Ganztagschule.
 - Die Schule öffnet sich.
- (Vorgehen neu formuliert 2014)

2010

Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen I (Hildesheim)

Wir beurteilen bildungspolitische Maßnahmen danach, ob sie beitragen, das Schulsystem in Richtung der einen Schule zu bewegen:

- **Zunahme der Zahl der Schüler/innen**, die integrative Schulen besuchen
- **Zunahme des Zeitumfangs** beim Besuch integrativer Schulen
- **Vollständigkeit des Bildungsangebots**, also einschließlich des Weges zum Abitur
- **Gleichwertige Wege** zum Abitur: curriculare Vorgaben, Lernstandserhebungen, Prüfungsanforderungen, Zugangsbedingungen zur Oberstufe, gleiche Berechtigungen, Individualisierung der Schulbesuchsdauer)
- **Keine Benachteiligung** integrativer Schulen
- **Keine „Hilfsdienste“** integrativer Schulen für das gegliederte Schulwesen (Grundschulgutachten, Aufnahmepflicht von abgeschulten Schülern)

2010

Einschätzung bildungspolitischer Entwicklungen II (Hildesheim)

- **Gleiche Arbeitsbedingungen für Lehrer** an integrativ arbeitenden Schulen, sowie gegenüber Lehrern an Gymnasien (Gehalt, Unterrichtsdeputate, Beförderungen).
- **Systemische Verankerung der Pädagogik der Heterogenität** u.a. durch Ressourcenzuweisung, Rechtsvorschriften und organisatorische Maßnahmen: Lehrerbildung, Lehramtsprüfungen, Lehrerbeurteilung, Schulentwicklung, innere Organisation der Schulen, Gestaltung des Lernens, schulischer Prüfungen, Schulinspektionen, Beratungs- und Unterstützungsinstitutionen, Schulaufsicht.
- **Orientierung der Ressourcenzuweisung an päd. Aufgaben:** heterogene Lerngruppen; möglichst repräsentative Schülerschaft (keine Auslese Privilegierter); Integration/Inkusion aller (statt exklusiver Schule); Respektierung der Individualität des Lernens jedes Kindes (statt Orientierung an Pensen-Gleichschritt); individuelle Förderung (statt Sitzenlassen); Verbleiben aufgenommener Schüler (statt Abschulen); Gestaltung eines ganztägigen Lern- und Lebensraumes (statt verbindlichem Vormittags-Unterricht und unverbindlicher Freizeit-Nachmittag).

Inklusion ist das selbstverständliche Zusammenleben aller Menschen im Sinne einer gleichberechtigten selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von individuellen Merkmalen und Fähigkeiten. Für die Schule heißt das:

- Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf gemeinsames Lernen unabhängig von Herkunft, finanzielle Ressourcen, Fähigkeiten und Behinderungen. In den Schulen müssen hierfür angemessene Vorkehrungen getroffen werden.
- Mit der Ratifizierung der UN-Konvention hat jedes Kind insbesondere mit Behinderung einen individuellen Rechtsanspruch auf diskriminierungsfreien Zugang zur allgemeinen Schule.
- Die Realisierung der inklusiven Schule erfordert eine inklusive Schulstruktur. Inklusive Schule und selektives Schulsystem widersprechen sich.

Kurz- und mittelfristig:

- Die **Sonderschulen schrittweise aufheben.**
- **Alle Schularten in die Inklusion einbeziehen.
Keine exklusive Zone!**
- **Für die inklusive Schule Anreize, Unterstützung
und Begleitung schaffen.**
- **Inklusion und Pädagogik der Heterogenität zu
Schwerpunkten der Lehrerbildung machen.**

Vorgehen

- Unterstützung bei Neugründung und Zusammenarbeit von Schulen für alle
- Unterstützung bei Umwandlung bestehender Schulen des gegliederten Systems
- Interessenvertretung bestehender Schulen für alle
- Förderung der öffentlichen Diskussion um die Schule für alle, eigene Publikationen und Veranstaltungen
- Pädagogen-Fortbildung für die Schule für alle
- Zusammenarbeit mit Politik und Verbänden bei Gründung, Aufbau und Organisation von Schulen für alle
- Unterstützung von Forschung und Lehre zur Schule für alle II

2015

Grundsatzklärung II (Aktualisierung, Langenhagen)

Ziele

- Für eine **Schule für alle**,
- für eine Schule der **Menschenrechte**,
- für eine Schule der **Chancengleichheit**,
- für eine Schule der **Persönlichkeits- und Leistungsentwicklung**,
- für eine Schule der **Demokratie**